

Potsdam, 11.11.2019

Pressemitteilung

SPERRFRIST: 11.11., 17:00 Uhr

„Deutliches Stoppschild gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus“ – Kralinski auf Plenum des Aktionsbündnisses in Potsdam

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Chef vom Dienst

Hausruf: (03 31) 8 66 – 12 51

(03 31) 8 66 – 13 56

(03 31) 8 66 – 13 59

Fax: (03 31) 8 66 – 14 16

Internet: www.brandenburg.de

presseamt@stk.brandenburg.de

Für gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt hat der Bevollmächtigte des Landes beim Bund, Staatssekretär Thomas Kralinski, geworben. Auf dem Plenum des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Potsdam sagte er heute in Potsdam: „Überall, wo Antisemitismus und Rechtsextremismus auftauchen, muss ein deutlich sichtbares Stoppschild gesetzt werden.“

Um brutale Angriffe auf Migranten, Juden oder Andersdenkende abzuwehren und rechtsextremem Gedankengut entgegenzutreten, brauche es einen **starken Rechtsstaat**. Kralinski: „Doch wir brauchen auch **engagierte Menschen, wie sie sich im Aktionsbündnis** zusammengefunden haben. **Bildung und Aufklärung in allen Gesellschaftsschichten** sind nötig, um zu verhindern, dass sich Rechtsextremismus in der gesellschaftlichen Mitte ausbreitet.“

Kralinski betonte, Unzufriedenheit und Unmut seien kein Freibrief für Hass, Ausgrenzung und Diskriminierung anderer Menschen. Vielmehr müsse der demokratische Diskurs gestärkt werden. Die neue Koalition habe sich deshalb vorgenommen, den Schulterschluss von Landespolitik und Zivilgesellschaft für eine erfolgreiche Demokratiestärkung weiter zu festigen.

Kralinski dankte dem Aktionsbündnis als **starkem und wehrhaftem Zusammenschluss gegen den Rechtsextremismus** für seine über 20-jährige Arbeit und sicherte die weitere Unterstützung der Landesregierung zu.

Das Bündnis vereint mit seinen mittlerweile 87 Mitgliedern ein breites Spektrum von aktiven Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen bis zu den Sozialverbänden sowie den Kirchen. Als Teil des Beratungsnetzwerks der Koordinierungsstelle „**Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg**“ wird es von der Staatskanzlei mit 314.000 Euro unterstützt.